



resos.ch
resos.ch

Religiös-Sozialistische Vereinigung
der Deutschschweiz

Bulletin Winter 2021 Januar, Februar, März

Editorial

Wenn ich ein Unwort des vergangenen Jahres definieren müsste, wäre es "Eigenverantwortung". Dieses Wort hat im Gezänk um die Coronaschutzmassnahmen Karriere gemacht. Aber was meint es eigentlich?

Das Wort wird in hierarchischen Strukturen von Untergeordneten als Forderung an die Adresse der Übergeordneten erhoben. Es müsste daher ein Lieblingswort der Linken sein.

Es ist aber ein Lieblingswort der Liberalen geworden. Für Menschenrechte brauche es keine übergeordneten Strukturen und Gesetze mit Zähnen; jeder Konzern regle das in Eigenverantwortung besser und effizienter, hiess es im November.

Genau so könnte man fordern, für den Strassenverkehr brauche es keine Kontrollen; die Verkehrsteilnehmenden regelten das in Eigenverantwortung.

In Situationen, wo gemeinsame Anstrengung gefordert ist, wie bei der Bekämpfung einer Pandemie, macht die eingeforderte Eigenverantwortung jegliche Aussicht auf Erfolg der getroffenen Massnahmen zunichte.

Die Kantone haben gegenüber dem Bund Eigenverantwortung eingefordert. Nachdem jeder Kanton seine eigene Verantwortung auf seine Weise wahrgenommen hatte, ist die Welle hochgegangen. Aber auch Verbände, Interessengruppen und Regionen haben Eigenverantwortung eingefordert. Fast jeder

und jede Person hätte sich gern zum Sonderfall mit Eigenverantwortung erklären lassen.

Wer meint, Eigenverantwortung habe etwas mit Verantwortung zu tun, verkennt, dass die Summe der Eigenverantwortungen das Gegenteil von Verantwortung ist. Wenn nämlich das Projekt Eigenverantwortung im Desaster endet, wer trägt dann die Verantwortung? Niemand! Sicher nicht jemand, der oder die sich auf Eigenverantwortung berufen hatte.

Eigenverantwortung ist eigentlich nur ein anderes Wort für kollektive Verantwortungslosigkeit.

Johannes Bardill

Impressum:

Redaktion «Bulletin»:

Beiträge einsenden bis 15. März, 15. Juni,
15. September, 10. Dezember

Johannes Bardill
Dorfstrasse 58
8816 Hirzel
043 244 05 26
jobardill@bluewin.ch

Versand und Adressänderungen:

Beilagen für Versand abgeben bis: 20. März,
20. Juni, 20. September, 15. Dezember

Hanna Götte
Hard 3
8408 Winterthur
052 222 82 46
hanna.goette@bluewin.ch

Meinung

Konzernverantwortung: Kirchen auf dem Prüfstand!

Christliche kirchliche Mündigkeit verlangt klare sichtbare Zeichen für Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung. "Reformiert selber denken", war doch einst ein reformiertes Markenzeichen!

Von den sieben reformierten Kirchgemeinden in Winterthur hat nur eine einzige das Konzernverantwortungs-Kirchenbanner aufgehängt. Ich habe bei den andern sechs Kirchgemeinden nach dem Grund des Nichtaufhängens gefragt. Der Tenor ist einstimmig: Angst vor Kirchenaustritten, Angst um die Unternehmenssteuern für die Kirchen. Das seit Jahrzehnten bewährte Finanzierungsmodell unserer Zürcher Landeskirche droht zu bröckeln!

Ein erreichbares Stück Gerechtigkeit für unsere Nächsten in fernen Ländern dürfen wir nicht unserem beliebten Kirchenfinanzierungsmodell opfern!

Wir müssen uns heute ernsthaft Gedanken für die Zukunft unserer Kirche machen: Wie können wir die biblische Botschaft weiter verkünden, den kirchlichen Auftrag in der Gesellschaft weiter erfüllen mit sehr viel weniger Geld?

Hanna Götte

Die SP sollte das C von der CVP erben

Mit dem Wegfall des christlichen C aus dem Parteinamen soll die CVP also vor allem für Mittewähler in Städten und Agglomerationen attraktiv gemacht werden. Ein weiteres Beispiel, dass das öffentliche Bekenntnis zu christlichen Werten immer weiter zurückgedrängt wird. Und ausgerechnet die CVP bietet Hand dazu. Das erstaunt mich eigentlich nicht, bei dem Kurs, den diese Partei in den letzten Jahren verfolgt. Das Bekenntnis zum widerständigen C ist halt lästig.

Da lobe ich mir die EVP, die klar zum evangelischen E in ihrem Namen steht. Die EVP ist zwar eine weitere Mittepartei, aber immerhin setzt sie sich mit christlichem Hintergrund für gelebte Solidarität mit den sozial und wirtschaftlich Schwächeren und für die Achtung der Umwelt ein.

Als evangelischer Christ bin ich überzeugt, dass das Evangelium in sich politisch ist und in die Gesellschaft hineinwirken will. Und deshalb träume ich davon, dass die SP das von der CVP beerdigte C erben soll. Ich bin nämlich der Ansicht, dass die Anliegen der SP in das Christentum tief eingebettet sind. Verschiedene Texte der Bibel wie das Gebot des Erlassjahrs, der Nächstenliebe (Solidarität), die Erwartung vom Reich Gottes, die Bergpredigt, die Kritik am Mammon und die Gütergemeinschaft der Jerusalemer Urgemeinde sehe ich als Impulse und Verpflichtung für eine solidarische Weltgemeinschaft. Insbesondere das Evangelium Jesu von Nazareth verlangt eine bewusste Entscheidung für eine solidarische Gesellschaft, eine bewusste Parteinahme für die Unterdrückten, Ausgebeuteten, sozial Schwachen und für die bedrohte

Inhalt:

Editorial	1
Meinung	2
Zu Hören bei den RESOS	3
Annäherung an das heutige China	4-7
Wie viel ist 6'379?	8-9
Armut und soziale Ausgrenzung	10-13
Mobbing auf höchstem Niveau	13-14
Buchtipps	14-15
Wann, wo, wer, was?	16

Natur. Und genau dies sehe ich in den Grundwerten der SP enthalten. Und deshalb sollte die SP das C von der CVP erben, um mit diesem christlichen Hintergrund auch über eine spirituelle Grundlage zu verfü-

gen. Aber auch, damit das widerständige C in unserer Gesellschaft nicht einfach weiter verschwindet.

Hans Walder

Zu hören bei den RESOS

Vom Bleisatz zu Social Media: Zur Entwicklung bei den Medien



24-Stunden-Betrieb, Twitter statt Bleisatz, Schnelligkeit vor Genauigkeit, Kurzfutter statt Hintergründe: Was machten die technische Revolution, der Kampf um den Werbekuchen und die Konzentration der Me-

dien mit deren Inhalten? Katastrophe oder alles nur halb so schlimm?

Der Wirtschaftshistoriker Adrian Knoepfli hat die Entwicklung seit den 1970er Jahren miterlebt und erläutert und diskutiert sie an einem Tischgespräch.

Adrian Knoepfli (72) arbeitete von 1977 bis 1983 bei der Zürcher SP-Zeitung Volksrecht. Danach schrieb er als freier Journalist für die verschiedensten Medien (Gewerkschaftszeitungen, Hochparterre, Handelszeitung, Weltwoche u.a.). Mit der Zeit verlagerte er seine Tätigkeit zunehmend auf das Verfassen von Unternehmensgeschichten (Alusuisse, Saurer, Georg Fischer und viele andere) sowie auf die Mitarbeit an Stadt- und Kantongeschichten.

Bild: Benni Weiss

*Samstag, 23. Januar, 15 bis 17 Uhr,
Gartenhofstrasse 7, Zürich*

Gast beim Dreiländertreffen Ende Juni

Dr. theol. Franz Segbers ist ausserplanmässiger emeritierter Professor für Sozialethik an der Universität Marburg. Auf seiner Webseite schreibt er:

Mit der aktuellen und keineswegs überwundenen Finanz- und Wirtschaftskrise sind manche bisherige Selbstverständlichkeiten des Wirtschaftens und Lebens so stark wie seit Jahrzehnten nicht erschüttert worden.

Die Kluft zwischen Arm und Reich nimmt zu, die Lohnarbeit wird unsicher und die Klimakatastrophe verstärkt sich. Diese Symptome sind nur einige Hinweise für die tiefere Krise eines Systems, das nicht mehr dem Menschen dient, sondern nur noch sei-



ner eigenen Logik. Wir befinden uns in einer Orientierungskrise, denn das Humanum steht in Gefahr. Bietet die christliche Sozialethik Orientierungsperspektiven? An der Suche nach Lösungen möchte ich mich beteiligen.

*Siehe Inserat
Seite 15*

Annäherung an das heutige China

Das „Reich der Mitte“ oder die neue „Gelbe Gefahr“?

Zu diesem Thema hielt Kurt Seifert, Journalist und Redaktor der Neuen Wege, am 17. Oktober 2020 im Gartenhof ein brisantes Referat, das gut besucht war. Durch eigene Reisen in das gewaltige Land und durch das Studium zeitgenössischer Autoren und Sinologen entwarf er das Bild einer widersprüchlichen, ambivalenten Welt, die uns total fremd, aber infolge Corona bedrohlich nahe gekommen ist.

Kurt Seifert trat nicht auf als China-Spezialist, der alles weiss und überschaut, was in diesem Land geschehen ist und heute geschieht. Um bei der gegenwärtigen Systemkonkurrenz zwischen USA und China, die in einen kalten Krieg kippen könnte, nicht in alte, ideologische Muster zu fallen, beschränkte er sich auf „die eigene Anschauung und Auseinandersetzung mit dem Gegenstand der Betrachtung“.

Sein Interesse an China reicht zurück in die frühen 70er Jahre, wo es in der Bundesrepublik verschiedene linke Gruppierungen gab. Unter all deren Ideen erschien ihm die „maoistische Sicht der Welt mit ihren Widersprüchen“ am überzeugendsten. 1978 unternahm er mit der Gesellschaft für „Deutsch-chinesische Freundschaft“ eine Studienreise. Das war eineinhalb Jahre nach dem Tod von Mao Zedong und ein Dreivierteljahr vor dem Plenum des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas (KPC), das die Weichen für die spätere „Reformpolitik“ stellte.

Seifert sah die damalige Armut und Rückständigkeit, aber es war eine andere Armut als damals etwa in Indien. Es gab keinen Fatalismus, sondern den Willen, aus eigener Kraft eine neue Gesellschaft schaffen zu können. Die Ernährung der damals schon über eine Milliarde Menschen war das grösste Problem. Das versuchte Mao durch einen Sozialismus zu lösen, der dem Studenten Kurt sympathischer war als der Sozialismus der damaligen DDR, die er durch Familienbesuche kennenlernte.

In den 1980er Jahren erlosch Seiferts Interesse an China, da sich dessen Führung immer mehr vom Geiste Maos entfernte. Aber in den letzten Jahren hat sich seine Einstellung gegenüber China nochmals geändert. Er wollte sich noch einmal ein eigenes Bild

von diesem Land und seiner rasanten Entwicklung machen. Mit seiner Frau unternahm er 2019 eine touristische Reise ins „Reich der Mitte“. Über Michael Brie, einen Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin, kam er in Verbindung mit einem deutschen Doktoranden, der in der Hafenstadt Shanghai studierte. Dieser vermittelte ihm Kontakte zu chinesischen WissenschaftlerInnen und StudentInnen.

Der erste Eindruck im April 2019 war ein Schock. Er schrieb in sein Tagebuch: „Beijing: eine Stadt, die sich gegenüber 1978 total verändert hat; überall Hochhäuser, verglaste Banken; sehr viel Verkehr – statt der zehntausenden Velos gab es jetzt Autos en masse; trotzdem keine lärmige Stadt, viele Elektrogefährte, viel Grün entlang der Strassen.“ Doch bald merkte er, dass diese grundlegend gewandelte Architektur bloss die äussere Seite des Wandels war. Er notierte weiter: „Der Kapitalismus scheint tiefer ins Bewusstsein eingedrungen zu sein, als ich gedacht hatte. Höre ich unserem Reiseleiter zu, dann scheint sich alles ums Geld zu drehen. Das ist der Eindruck, den Beijing vermittelt. Das hat mich in den ersten Tagen sehr verstört.“

Der Reiseleiter J. war ein Mann aus der traditionellen Mittelklasse Chinas, der während der Wirtschaftsreformen sozial aufgestiegen war. Sein Vater war Russisch-Professor an einer Fachhochschule, die Mutter stammte aus einer früheren Grossgrundbesitzer-Familie. Dieser Reiseleiter J. erklärte ihm, in China herrsche ein „kapitalistischer Sozialismus“. Von Mao hielt er nicht viel. Kurt fragte ihn, wie seine Eltern die Kulturrevolution der 1960er und 1970er Jahre erlebt hätten. „Sie haben sich eher negativ über diese Zeit geäussert“, gab er zur Antwort.

Ein Gespräch mit Dozenten an einer Universität in Shanghai vermittelte ihm wieder ein anderes Bild. „Meine Eltern sind als Jugendliche freiwillig aufs Land gegangen, um von den Bauern und Bäuerinnen zu lernen. Meine Mutter hat sich für Volkstanz begeistert. Während der Kulturrevolution fand sie ihre Erfüllung“, erzählte ein Dozent. In einer Gesprächsrunde mit Studierenden in Shanghai tönte es wieder anders. Kurt Seifert, der ehemalige Maoist, musste erfahren, dass die Kulturrevolution in China nur von einer Minderheit als emanzipatorische Kraft bejaht worden war. Auch hohe Funktionäre der KPC haben sie abge-

lehnt. Sie führten einen Machtkampf gegen Mao und seine Vertrauten.

Bei den Gesprächen mit DozentInnen und StudentInnen stellte Kurt Seifert fest, dass Mao Zedong noch überall präsent war – etwa auf Geldscheinen – dass aber seine Ideen keine Wirkkraft mehr hatten. Der Marxismus-Leninismus diene noch als Staatsdoktrin, aber seine Lehre war eine leere Hülle geworden. Seifert gewann den Eindruck, die „Dialektik der Revolution, die Entwicklung von Widersprüchen in der sozialistischen Gesellschaft“, sei von staatlicher Seite still gelegt worden. Ihm wurde klar, dass der chinesischen Führung nach dem Tode Maos die Entwicklung der Produktivkräfte wichtiger war als die Produktionsverhältnisse. Die Partei legte das Schwergewicht auf die Produktionsmittel, denn sie wollte auf jeden Fall die Entwicklung von Wissenschaft und Technik vorantreiben und den Wohlstand heben. Etwas, das der Sowjetunion nicht gelungen war, und was 1990 der Grund für ihren Zusammenbruch war.

Die chinesischen Kommunisten haben daraus gelernt. Sie schlossen zwischen Kapitalismus und Sozialismus einen Kompromiss und öffneten die Schleusen für ausländisches Kapital. Sie liessen Investoren ins Land, die Wissen und Können mitbrachten. Diese ideologische Öffnung führte zum wirtschaftlichen Aufschwung. Dagegen, meint Seifert, wäre nichts einzuwenden, wenn diese Entwicklung nicht zu Lasten der arbeitenden Klassen und der Natur gehen würde.

Als Seifert bei der Gesprächsrunde in der Universität Shanghai die Frage stellte, auf welche Teile des Volkes sich die Regierung stützen könne, erhielt er unterschiedliche Antworten. „Meine Eltern haben vom wirtschaftlichen Aufstieg profitiert, darum sind sie heute loyal gegenüber der Regierung“, rief eine Studentin. Ein anderer Student wiederum äuserte sich kritisch zum System. Der dritte widersprach und behauptete, gerade die Jungen würden mit dem System sympathisieren, während ältere Menschen skeptisch seien. Kurt Seifert gesteht, dass er nicht beurteilen könne, wer Recht habe. Er könne nur feststellen, dass die letzten 40 Jahre des wirtschaftlichen Aufschwungs der Partei- und Staatsführung eine starke Legitimation verschafft hätten, und dass darum grundsätzliche Kritiker und Kritikerinnen des Systems auf vorerst verlorenem Posten stünden. Er betont, dass man bei dieser System-Kritik genau un-

terscheiden müsse, was kritisiert werde. Die einen Kritiker wünschten, dass sich China nach der Fassung des westlichen Kapitalismus entwickle, und andere Kritiker möchten, dass in Zukunft sowohl der chinesische wie auch der westliche Kapitalismus überwunden werde.

Durch den Ausbruch von Corona in Wuhan, Ende des vorletzten Jahres, ist China in den Mittelpunkt der medialen Aufmerksamkeit gerückt. Gegenwärtig findet die Systemkonkurrenz in der Bekämpfung des Virus und seiner wirtschaftlichen Folgen statt. Es sei frappierend, meint Seifert, dass China mit einem Anteil von annähernd 19 Prozent an der Weltbevölkerung lediglich 9'881 Infizierte und 4'739 Tote melde, während die Vereinigten Staaten mit etwas mehr als vier Prozent der Weltbevölkerung 7'942'744 Infizierte und 217'323 Tote melden. Diese Zahlen habe er der Website der Johns Hopkins University entnommen, Stand: 15. Oktober 2020.

In der Corona-Krise, in der wir uns befinden, gehe es um die Frage, wie die Vormacht des Westens in der immer deutlicher werdenden Rivalität mit China abschneide. Erstaunlich sei für die westliche Welt die Tatsache, dass in China trotz Corona und hart durchgeführtem Shutdown die Wirtschaft kontinuierlich wachse, während in den liberalen Demokratien die Wirtschaft durch die Pandemie in eine tiefe Krise gerate, sodass der Staat nicht nur im Finanzsektor wie 2008, sondern in allen gesellschaftlichen Bereichen helfend eingreifen müsse.

Seifert zitiert Francis Fukuyama, der nach dem Untergang der Sowjetunion das „Ende der Geschichte“ verkündet hatte, weil er glaubte, der Sieg der liberalen Demokratie wäre damit besiegelt. Fukuyama war überzeugt, dass China als Konkurrent nicht mehr in Frage komme. Er meinte, die sogenannte Reformpolitik unter Deng Xiaoping und seiner Nachfolger laufe auf eine Konvergenz mit dem Weg des Westens hinaus. Seifert erinnert an die gewaltsame Niederschlagung der Proteste von Studierenden im Juni 1989 in Beijing, die nicht so recht in dieses Bild passte. Doch China als Lieferant billiger Arbeitskraft habe den Westen darüber hinwegsehen lassen. Im Westen habe man an einen „Wandel durch Handel“ geglaubt. Doch Fukuyama habe die Lernfähigkeit der chinesischen Führung unterschätzt.

Seifert zitiert einen NZZ-Artikel vom 9. 10.2020, in dem der Korrespondent Matthias Müller über eine

Reise in ein Gebiet nationaler Minderheiten im Südwesten Chinas berichtet, die heute vom wirtschaftlichen Aufschwung profitieren können: „China hat in den vergangenen Jahrzehnten nach Öffnung der Wirtschaft unter Deng Xiaoping Einzigartiges erreicht. Von einer solch positiven Entwicklung können die meisten anderen verarmten Länder nur träumen.“ Der Westen habe mit China gute Geschäfte gemacht und tue dies auch weiter. Doch in den letzten Jahren hätten sich vermehrt kritische Stimmen in den gesellschaftspolitischen Diskurs gemischt, die darauf hinweisen, dass die chinesische Regierung Menschenrechte im Umgang mit Minderheiten missachte – insbesondere in Tibet, in Xinjiang – und gegenüber Hongkong immer repressiver vorgehe. „Das sind Themen, die nicht unter den Tisch gewischt werden dürfen“, räumt Seifert ein.

Allerdings sei zu beobachten, dass die Argumentation mit den Menschenrechten auch dazu diene, den wachsenden Konflikt zwischen dem Westen und China ideologisch zu überhöhen. Diesen Konflikt zwischen den USA und China analysiert der deutsche Sozialwissenschaftler und Journalist Jörg Kronauer in seinem 2019 in Deutschland erschienen Buch „Der Rivale. Chinas Aufstieg zur Weltmacht und die Gegenwehr des Westens.“ Kronauer fürchtet, dass ein neuer kalter Krieg immer mehr zur Realität werden könnte.

Kurt Seifert ringt darum, den richtigen Namen für das gesellschaftlich-politische System, das heute China bestimmt, zu finden. Ist es ein „chinesischer Kapitalismus“, oder ein „kapitalistisch-chinesischer Sozialismus“?

Im letzten Teil des Referats geht er auf diese theoretischen Begriffe ein und erklärt, dass Mao Zedong in den 1950er Jahren die Welt in drei Teile eingeteilt habe: „Die beiden Supermächte USA und Sowjetunion bildeten die erste Welt. Diese versuchten, die dritte Welt der armen und wenig entwickelten Nationen Afrika, Asien und Lateinamerika unter ihre Kontrolle zu bringen. Dazwischen standen die weniger mächtigen, aber entwickelten Staaten Europas sowie Japan, Australien, Neuseeland und Kanada. Sie gehörten zur zweiten Welt und unterlagen den Supermächten.“ Diese Theorie der drei Welten habe das Rüstzeug für die Aussenpolitik der Volksrepublik China in den 1970er und 1980er Jahren gebildet. Damals habe China gefürchtet, dass die Kriegsgefahr vom schwächeren Teil der Supermächte, von der So-

wjetunion, ausgehe. Darum habe sich das „Reich der Mitte“ ab 1971 den Vereinigten Staaten angenähert. In der Zwischenzeit sei die Drei-Welten-Theorie obsolet geworden. Mit dem Zerfall der Sowjetunion sei nur noch eine Supermacht übrig geblieben – und auch diese befinde sich auf einem absteigenden Ast, beobachtet Seifert. „Heute werden die Karten neu gemischt.“

„Führende Kreise des Westens, insbesondere in den Vereinigten Staaten, befürchten, China könnte die Monopolstellung der USA in Frage stellen.“ Er zitiert noch einmal Francis Fukuyama, welcher sagt, „es gehe nicht darum, ob China ein kapitalistisches Land sei oder nicht, sondern darum, ob China freiheitlich sei oder totalitär. Seit 2012, seit dem Machtantritt von Xi Jinping, entwickelt sich China wieder, wie einst unter Mao, zu einem totalitären Staat, der Körper und Geist der gesamten Bevölkerung kontrolliert.“ Fukuyama hofft in einem kürzlich erschienen Zeitungsartikel auf eine Umwälzung des chinesischen Systems und sieht das nur durch eine Verschwörung von Partieliten, denen Xi Jinping zu mächtig geworden sein könnte.

Seifert lehnt diese Befürchtungen Fukuyamas entschieden ab, indem er noch einmal auf die starke Loyalität im Volk gegenüber Partei- und Staatsführung hinweist. Dies heisse nun allerdings nicht, dass dadurch in China eine monolithische Einheit entstanden sei. Das riesige Land mit den 56 Ethnien und 1,5 Milliarden Einwohnern sei viel weniger „einheitlich“ als dies dem gängigen China-Bild entspreche. Das habe sich ihm bei seiner touristischen Reise und seiner intensiven Auseinandersetzung mit der chinesischen Geschichte und Gegenwart gezeigt.

Zum Schluss zitiert Seifert die Sinologin und Schriftstellerin Thekla Chabbi, die in China studiert und ein Buch „Die Zeichen der Sieger“ geschrieben hat: „Tatsächlich schätzen viele Chinesen, dass sich die Lebenssituation in den vergangenen Jahrzehnten deutlich verbessert hat und sie heute ein Vielfaches an Freiheiten genießen. Die nationale Einheit Chinas, repräsentiert durch das Hochchinesisch, spielt im Inneren keine Rolle. Patriotische Gefühle hegen die Chinesen vor allem für ihre Heimatregion. Unabhängig davon, ob sie mit der Politik der Partei einverstanden sind oder nicht, fürchten sie, ein Konfrontationskurs des Westens wegen unerfüllter Menschenrechtsforderungen könnte die Situation des Volkes verschlechtern.“

Um Chabbi's These zu untermauern, zieht Seifert das Buch des deutsch-chinesischen Ehepaares Stefan Baron und Guangyan Baron „Die Chinesen. Psychogramm einer Weltmacht“ herbei und zitiert: „Angesichts einer langen Geschichte von Zerfall und Einheit des Landes gibt es eine tiefsitzende Furcht der Chinesen vor Chaos und einen ausgeprägten Wunsch nach einer starken Hand, die für Einheit, Stabilität und Ordnung sorgt. Die Angst vor dem Chaos scheint auch noch in den aktuellen Bewertungen der Kulturrevolution mitzuschwingen.“

In Bezug auf die Missachtung der Menschenrechte, was China immer wieder vorgeworfen wird, erklären die beiden Autoren: „Neben der Welt der Wirtschaft, die durch eine Mischung von Staats- und privatem Kapital bestimmt wird, gibt es auch eine Welt des Staates/des Rechts. Diese unterscheidet sich ganz wesentlich von westlichem Staats- und Rechtsverständnis. Das ist der politische Paternalismus, der durch das Mandat des Himmels bestimmt ist. Das heisst: Oben kümmere sich um Unten, Unten ist dafür gegenüber Oben loyal, das ist der klassische chinesische Gesellschaftsvertrag. Das bedeutet auch: ‚Ein Herrscher, der ungerecht handelt, der seine Fürsorgepflicht verletzt, ein Diktator, verliert seine moralische Autorität und damit das Recht auf die Gefolgschaft seines Volkes‘.

Heute sei nicht mehr vom Mandat des Himmels die Rede, meint Seifert, aber der Grundsatz der Reziprozität zwischen Herrschern und Beherrschten müsse weiterhin gewahrt bleiben. Stefan Baron und Guangyan Yin-Baron ziehen ihre Kraft aus den konfuzianischen Wurzeln dieses Staats- und Rechtsverständnisses. Das chinesische System bezeichnen sie als „eine Melange aus Sino-Marxismus und Meta-Konfuzianismus“. Um die Unterschiede zum Westen deutlich zu machen, beziehen sie sich auf das chinesische Menschenbild. Die Chinesen sehen im Menschen ein interdependentes, in ein Netzwerk eingebundenes Wesen. Freiheit ist für sie Einsicht in die Notwendigkeit zwischenmenschlicher Verpflichtungen. Hier hat im Zweifel die gesellschaftliche Harmonie Vorrang. Harmonie sei auch ein zentraler Begriff in den Reden von Xi Jinping, erklärt Kurt Seifert.

Unter diesem Blickwinkel erscheine den Chinesen Separatismus von nationalen Minderheiten als ein schweres Vergehen. Aktuell betreffe dies vor allem Xinjiang. Seifert verweist, um diese These zu stärken,

auf ein Papier, das ein linkes Hongkonger Kollektiv kürzlich publiziert hat. Darin steht, das Vorgehen der chinesischen Behörden sei eine Adaption westlicher Methoden der Aufstandsbekämpfung (counterinsurgency) zur Durchsetzung eines zeitgenössischen Siedler-Kolonialismus. Damit sind die Angehörigen des Mehrheitsvolkes der Han-Chinesen gemeint, die in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten planmässig in den Gebieten der nationalen Minderheiten angesiedelt wurden.

Der Verweis darauf, dass Chinas Partei-Apparat von Vorgehensweisen des Westens gelernt habe, mache die Sache nicht besser, meint Seifert, doch der Verweis mache auch deutlich, wie wenig Berechtigung dieser Westen habe, auf Chinas Menschenrechtsverletzungen zu zeigen, wenn er nicht bereit sei, zugleich seine eigenen Menschenrechtsverletzungen zu thematisieren.

Am Schluss des Referats gibt es Gelegenheit zu Widerspruch und Fragen. Vorerst schweigen alle. Dann will jemand wissen, wie es China mit dem Klimaschutz halte. Seifert greift zur Zeitung "Der Freitag", die am 15. Oktober titelt "Chinas grosser Ökosprung" und zitiert: "Bis 2030 sollen die Emissionen sinken, bis 2060 null betragen. Schon heute ist der Himmel über Peking wieder blau und man kann frei atmen. Im Nordosten werden die Nadelwälder aufgeforstet. Im Norden wird die Wüste Gobi zurückgedrängt. Schon heute gibt es eine Million Ladestationen für Elektromobile und auf den Dächern von Peking, einer Metropole mit 22 Millionen Menschen, wird heute bereits mehr Solarstrom erzeugt als in ganz Deutschland".

Ein anderer fragt, wie es mit Chinas Hegemonie-Ansprüchen im südchinesischen Meer stehe, ob das riesige Land nicht eine Bedrohung darstelle für die kleinen Inseln und für Vietnam? Darüber, gesteht Kurt Seifer, habe er sich nicht informiert und könne nichts dazu sagen, er sei kein China-Experte.

Verena Regina Keller

China ist eine 5000 Jahre alte Hochkultur. Es hat 1,5 Milliarden Einwohner, aufgeteilt in 56 Ethnien, die auf einer Fläche von 9.597.985 Quadratkilometern zusammenleben. Die Bevölkerungsdichte liegt bei 135 Einwohner pro Quadratkilometer. Die geografischen Bedingungen sind schwierig. Das Innere des Landes ist mit Felsen bis zu 7000 m Höhe zerklüftet und kaum bewohnbar. Im Norden liegt die Wüste Gobi. Die Menschen leben in den Küstengebieten. Die Chinesen bilden 20 % der Weltbevölkerung, haben aber nur 10 % der weltweiten Ackerfläche zur Verfügung

Gegen Armut und soziale Ausgrenzung

Die Bewegung ATD Vierte Welt und ihre Vision

1957 gründete Pater Joseph Wresinski mit der Bevölkerung der obdachlosen Barackensiedlung in Noisy-le-Grand (Frankreich) die Bewegung ATD Vierte Welt.

Die drei Buchstaben, die wie ein Eigenname ausgesprochen werden, stammen von dem Satz, der zugleich Programm ist: „Aide à toute détresse“. Hilfe für alle Notleidenden. Die Bewegung wurde im Laufe der Jahre so stark, dass sie über Frankreich hinaus strahlte und international wurde. Die Bewegung ist als Verein organisiert, der durch seine Statuten und die Artikel 60ff des Schweizerischen Zivilgesetzbuches geregelt ist.

Die Aktionen von ATD Vierte Welt werden durch Spenden von Einzelpersonen, durch Zuwendungen aus öffentlichen Subventionen sowie durch Vereinbarungen mit Partnern aus der Wirtschaft, unter Beachtung ethischer Grundsätze, finanziert. Das Leitbild von ATD Vierte Welt ist der Aufbau einer Welt ohne extreme Armut.

ATD ist auf fünf Kontinenten in mehr als 30 Ländern aktiv. Der Verein setzt sich ein für eine Welt ohne Elend und Ausgrenzung. Er möchte erreichen, dass jeder Mensch in seiner Würde geachtet wird, und dass Armutsbetroffene fähig werden, ihre eigenen Ressourcen zu aktivieren, so dass sie, unter Achtung der individuellen Unterschiedlichkeiten, etwas zum gesellschaftlichen Zusammenleben beitragen können.

In Basel gibt es eine Regionalgruppe, deren Mitglieder an ihrem Treffpunkt in Kleinhüningen, Wiesendamm 14, regelmässig zusammenkommen. Die Leiterin dieses Treffpunktes, Christine Lindt, wird uns am 10. April im Gartenhof besuchen und erzählen, wie sie zu ATD Vierte Welt gekommen ist und was die Regionalgruppe Basel alles erreicht hat. Wenn es möglich ist, bringt sie als Gast Frau Georgina Novak Zaric, eine Betroffene mit, die aus ihrem Buch „Mein endloses Schicksal“, Erinnerungen an eine schwere Leidenszeit, vorlesen wird.

Verena Keller

*Samstag, 10. April 15.00 bis 17.00 Uhr
Gartenhofstrasse 7 in Zürich*

Leben bedeutet mehr als Überleben auch für Armutsbetroffene

Dieser Leitsatz der IG Sozialhilfe hat uns am 28. November im Gartenhof durch den Informations- und Austauschnachmittag mit dem sehr eindrücklichen Bericht von Branka Goldstein, Gründerin und Präsidentin der IG Sozialhilfe, begleitet. Der Verein hat zum Ziel, die Verwirklichung der Menschenrechte auch für Armutsbetroffene in der Schweiz auf allen Ebenen voran zu treiben und konkret umzusetzen.

„Armut bedeutet umfassenden Mangel zu erleiden und täglich den materiellen und psychischen Überlebenskampf zu führen.“

„Armut beinhaltet ungewollt ausgegrenzt und an den Rand gedrückt zu sein, nicht mitmachen zu können, nicht teilhaben zudürfen.“

„Arm sein verzehrt die Kräfte und bedeutet, der Fremdbestimmung ausgesetzt zu sein und direkt oder indirekt Verachtung zu ernten.“



Mit der Erwerbsarbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit und mangelnden finanziellen Mitteln für den Lebensunterhalt ist für armutsbetroffene und sozial ausgegrenzte Menschen der Überlebenskampf zum Alltag geworden.

Aus eigener Betroffenheit und durch ihre langjährige Begleitarbeit von sozialbenachteiligten Menschen steht Branka Goldstein mit ihren Schützlingen zusammen im täglichen Existenzkampf und der stän-

digen Anpassung an die bürgerlichen Normen. Diese Authentizität hat mich sehr berührt und beeindruckt.

In meinem persönlichen und langjährigen Engagement in der Menschenrechtsbewegung ATD Vierte Welt (ATD= All Together for Dignity, Gemeinsam für die Menschenwürde) begegne ich armutsbetroffenen einzelnen Menschen und Familien mit Kindern, die alle tagtäglich trotz ihrer Bemühungen und Anstrengungen im Alltag den Ausschluss von unserem gesellschaftlichen Leben immer wieder stark spüren.

Während des lebendigen Vortrages von Branka Goldstein zum Thema „Missstände und strukturelle Gewalt führen zur Sozialapartheid“ sah ich diese Menschen vor mir, wie sie durch ihre Geschichte in ihrem heutigen Dasein als Teil unserer Gesellschaft täglich in einem materiellen und psychischen Überlebenskampf stehen.

Branka Goldstein kämpft mit ihrem Engagement für die Würde dieser Menschen, die bei der Sozialhilfe und anderen staatlichen Institutionen oft grosses Unverständnis und Demütigungen erfahren. Sie wissen nicht um ihre Rechte und haben schon gar keine Kraft sie anzugehen und umzusetzen. „Nüme chöne welä“, keine Kraft mehr zu haben, etwas zu wollen, das ist ein Zustand, den Branka Goldstein in ihrem Referat überzeugend dargestellt hat. Wenn Menschen am Boden zerstört sind, wenn ihre Depression in Aggression umschlägt, wenn sie so viel Wut im Bauch tragen, dass sie eine kriminelle Tat begehen könnten, dann dürfen sie sich, und sei es morgens um 02.00 Uhr, mit einem letzten Telefon an Branka wenden, und sie hört ihnen zu.

Einer habe mal angerufen, mitten in der Nacht, er wolle die UBS am Paradeplatz ausrauben. Sie nahm

ihn ernst und fragte, ob er Geld habe für ein Tram-Billet, um an den Paradeplatz zu fahren. Er verneinte. „Dann musst du zu Fuss gehen, mitten in der Nacht. Es regnet. Hast du einen Schirm?“ - „Nein, habe ich nicht.“ – „Weisst du, dass die Bank jetzt brandneue Alarmanlagen hat, die sofort reagieren? -„Nein, weiss ich nicht.“ Bei solch langen Gesprächen würden die Männer allmählich die Lust verlieren, den weiten Weg allein mitten in der Nacht zu Fuss auf sich zu nehmen. Sobald sie merke, dass der Gesprächspartner am anderen Ende des Telefons müde werde, sage sie: „Weisst du, ich bin jetzt auch müde. Komm, gehen wir pennen! Ich trinke vorher noch ein Bier, du auch?“ Dann sei die Wut verdampft und der Armutsbetroffene bedanke sich für das Zuhören und verabschiede sich.

Branka Goldstein sucht seit langem eine Nachfolgerin oder einen Nachfolger. Aber sie finde niemanden, der diese aufreibende Arbeit ohne Bezahlung machen wolle und die Armutsbetroffenen seien halt nicht immer Engelchen, sie seien im Umgang oft schwierig. Die Realität der „Sozialapartheid“, erklärt Branka, sei eine sozialpolitische Herausforderung an die Politik und an uns alle. Die Sozialhilfe in der Schweiz müsse dringend verbessert werden, so könne es nicht weiter gehen.

Sie schloss ihren lebensnahen, engagierten Vortrag mit der Aufforderung: „Wir müssen dagegen kämpfen und laut Nein sagen zur Sozialapartheid in der Schweiz. Nur so können die Menschenrechte auch für die sozial benachteiligten Menschen hier in unserer Gesellschaft verwirklicht werden!“

Christine Lindt

Nein zur Sozialapartheid in der Schweiz!

Während die Subjekte der Gesellschaft die in der Bundesverfassung verankerten Freiheitsrechte für sich selbstverständlich beanspruchen, diktieren sie den armutsbetroffenen Objekten die Überlebensbedingungen ohne Sozialrechte.

Die Machtverhältnisse der profitorientierten, digitalen Leistungs-, Konsum- und Spassgesellschaft bauen auf die Verknüpfung von herrschender Ökonomie, Politik, Recht, gesellschaftlichen Werten und

Normen, Kultur und Ideologie. Das Selbstverständnis einer reichen Gesellschaft prägt Werte und Normen des öffentlichen und privaten Lebens. Dieses Selbstverständnis der reichen Wohlstandsgesellschaft beinhaltet deren Schattenseite.

Armut ist in der reichen Gesellschaft nicht vorgesehen: Darum wird mit unhaltbaren Schuldzuweisungen gegen Armutsbetroffene geworfen. Armut stellt einen umfassenden Persönlichkeitseingriff dar und verursacht tiefgreifende und irreversible gesundheitliche und seelische Schäden. Eine gesellschaftliche

Integration kann unmöglich werden. Viele Armutsbetroffene sind medizinisch unterversorgt und sterben vorzeitig! Armut ist zugleich Ursache und Folge. Die Komplexität der Armut fesselt wie eine stählerne Kette die Armutsbetroffenen oft über Generationen und bewirkt Ohnmacht und die Befindlichkeit des ständigen Gefangen-Seins.

Armut und Reichtum bedingen einander global und lokal. Geld ist in der Schweiz im Überfluss vorhanden, doch die ständige Umverteilung von Arm zu Reich, spaltet die Gesellschaft.

Sozialapartheid bedeutet eine tief greifende sozio-ökonomische, soziopolitische, soziokulturelle, rechtliche und psychosoziale Trennungslinie innerhalb der Gesellschaft. Zwei grundlegend verschiedene Existenz-, Daseins-, Wahrnehmungs- und Bewusstseinsformen prägen die Menschen: die gesellschaftspolitischen Subjekte und Objekte.

Die Subjekte der Gesellschaft verfügen über die nötigen Ressourcen, über das ökonomische und soziale Kapital (gemäss Bourdieu), um ihre Macht durchzusetzen, weil sie sich Handlungskompetenzen angeeignet haben. Sie verfügen über die entscheidende Macht. Als Subjekte sind sie befähigt und legitimiert, Entscheidungen über andere zu fällen. Für die Subjekte der Gesellschaft ist es eine Selbstverständlichkeit, Entscheidungen über die Lebensbedingungen der Armutsbetroffenen, der Objekte zu fällen: Wie viel oder wenig Unterstützungsleistungen wird den armutsbetroffenen Objekten vom gesellschaftlichen Reichtum gewährt? Wie tief soll die Armutsgrenze, bzw. das Existenzminimum sein? Unter welchen Bedingungen wird wem wie viel zugestanden? Wer soll wie viele Entbehrenungen erleiden müssen? Wer wird wie einschneidend sanktioniert? Wer wird strafrechtlich verfolgt? Was ist den einheimischen Objekten zumutbar? Wer von den ausländischen Objekten muss die Schweiz verlassen? Welches Objekt ist wie viel wert? Welche rechtlichen Einschränkungen müssen sie erdulden? Wie stark wird Medizin und Bildung rationiert? Wer wird völlig ausgegrenzt? Wie stark wird die menschliche Würde mit Füßen getreten?

In der Bundesverfassung bleiben den armutsbetroffenen BürgerInnen, den Objekten, einklagbare Sozialrechte verweigert. Es gibt nur Sozialziele: Art.12 "Recht auf Hilfe in Notlagen". Armutsbetroffene sind der Entrechtung und der willkürlichen Fremdbestimmung ausgeliefert. Die sozialen Menschenrechte der

UNO-Menschenrechtserklärung sind in der Schweiz nicht verwirklicht!

So ist die öffentliche Sozialhilfe willkürlich, weil sie vom Kanton und der Gemeinde des Wohnortes abhängig ist und sehr viele Spielräume in den kantonalen Sozialhilfegesetzen vorhanden sind, ebenso in den Gemeinden und bei den einzelnen SozialarbeiterInnen. Sie hat totalitären Charakter. Kein Organ ist vorhanden, wo die SozialhilfeempfängerInnen sich einbringen, geschweige mitbestimmen können, wie die Triparität in der Arbeitswelt (Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften und Staat). Die Sozialhilfe ist ein in sich geschlossenes, undemokratisches System, ein autoritärer «Staat im Staat». Armutsbetroffene sind gezwungen, um zu überleben, Sozialhilfe zu beziehen. AusländerInnen können ihre Aufenthaltsbewilligung verlieren oder keinen besseren Ausländerstatus erwerben, wenn sie von der Sozialhilfe abhängig sind.

Die öffentliche Sozialhilfe ist durchtränkt mit Sanktionsmöglichkeiten zur Disziplinierung der Sozialhilfeabhängigen. Massive Einmischung in die persönlichen Angelegenheiten sind Alltag. Von Datenschutz kann keine Rede sein, denn es müssen Generalvollmachten bei der Anmeldung unterschrieben werden. Die Privatsphäre ist nicht gegeben. So haben die Sozialämter das Recht, Einsicht in sämtliche ärztliche Berichte zu nehmen oder, wenn dem Amt die Situation unklar erscheint, ärztliche Abklärung in Auftrag zu geben. Ist der SozialhilfeempfängerIn damit nicht einverstanden, hat er/sie kaum die Möglichkeit, sich dagegen zu wehren. Sie werden sanktioniert; möglich ist die Herabsetzung bis Streichung der Unterstützungsbeiträge, auf die er/sie existenziell angewiesen ist.

Darin zeigt sich der totalitäre Charakter der Sozialhilfe: Die Armutsbetroffenen sprechen vom «gläsernen Mensch». Sie erleben durch das Sozialamt zusätzlich Stigmatisierung und Diskriminierung.

Entgegen der sozialetischen Konvention der abendländischen Kultur, wonach der Mensch den höchsten aller Werte darstellt, werden die sozialen Menschenrechte gegenüber Armutsbetroffenen nicht respektiert, hingegen die Freiheitsrechte des Liberalismus hoch bewertet und verteidigt.

Über die Objekte wird ständig verfügt: Die politischen und sozialen Massnahmen der Subjekte be-

stimmen das Leben der Objekte allumfassend und existenziell. So werden viele Objekte zu Opfern von alltäglichen Menschenrechtsverletzungen, ohne dass diese als solche in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Das Bewusstsein darüber, dass die sozialen Menschenrechte der UNO-Charta genauso beachtet werden müssen, wird in der Öffentlichkeit kaum thematisiert.

Zur Weiterführung unserer solidarischen Unterstützungsarbeit für und mit Armutsbetroffenen bitten wir Sie um Ihre Spende:
PC 80-47672-7
IBAN CH06 0900 0000 8004 7672 7

Mobbing auf höchstem Niveau

Auf der Suche nach Gerechtigkeit

Ich hatte Yasmine Motarjemi anlässlich des zehnjährigen Bestehens von "Multiwatch" persönlich kennengelernt, begleitete sie von 2015 - 2017 bei Zeugenbefragungen am Bezirksgericht Lausanne und bin bis heute mit ihr verbunden. Ich hatte den Kontakt zur Gewerkschaft hergestellt, woraus schliesslich die Resolution des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes entstand.

Dr. Yasmine Motarjemi, geboren 1955, war von 2000 bis 2010 Vizepräsidentin für Nahrungsmittelsicherheit bei Nestlé.

Zunächst studierte sie in Frankreich Chemie und Biologie. Doktoriert hatte sie in Philosophie und Nahrungsmitteltechnologie in Schweden. Von 1990-2000 arbeitete die Wissenschaftlerin bei der WHO in Genf in den Bereichen Nahrungsmittelsicherheit und Nahrungsmittelhilfe. Während zweier Jahre versuchte Nestlé sie als Mitarbeiterin im Top-Management zu gewinnen, was Motarjemi schliesslich annahm. Die Jahre von 2000-2005 waren für sie eine gute Zeit. Ihre Leistungen wurden gewürdigt, sie wurde gefördert und befördert, auch die Chemie zwischen ihr und dem Chef stimmte.

In dieser Zeit lernte Motarjemi den Chef von Nestlé Frankreich etwas kennen. Sie kritisierte dort ein Biskuit für Kleinkinder, welches bei manchen Schluckbeschwerden bis hin zur Erstickungsgefahr auslöste. Anstatt das Produkt vom Markt zu nehmen, wurde empfohlen, das Biskuit für eine höhere Altersstufe zu empfehlen. Die Fachfrau war beim Nestlé-Chef in Frankreich deshalb auf Ablehnung gestossen.

Zu Beginn des Jahres 2006 wurde dieser dann Präsident für Nahrungsmittelsicherheit in der Zentrale in

Vevey und damit ihr Vorgesetzter, das persönliche Verhältnis zwischen den beiden stimmte nicht. Motarjemi aber blieb ihren professionellen und ethischen Prinzipien treu und klärte die Sicherheit mancher Produkte ab. Sie entwickelte auf wissenschaftlicher Basis ein Konzept, um die Produktion von Nahrungsmitteln weltweit systematisch zu prüfen.

Die Verantwortlichen von Nestlé gingen jedoch nicht auf ihre Empfehlungen ein. So kam es zu einer Reihe schwerwiegender Vorfälle im Bereich der Lebensmittelsicherheit. Zum Beispiel Kontamination von Nestlé-Produkten mit der Chemikalie Melamin in den USA. Dort betraf es 2007 Tierfutter. In China und Afrika ging es 2009 um Babynahrung, wodurch etwa 300'000 Babys vergiftet wurden.

Motarjemis sorgfältig erarbeitetes Konzept wurde von ihrem Chef nicht einmal geprüft. Nach und nach reduzierte er den Kontakt mit der Vizepräsidentin, die sich mehr und mehr gedemütigt und ausgegrenzt fühlte. All das führte de facto zur Herabstufung, sodass Yasmine Motarjemi schliesslich alleine dastand. Ihre Arbeitskolleginnen und Kollegen schwiegen. 2010 wurde die hochqualifizierte Fachfrau, die mehrere Bücher geschrieben und in ihren Fachbereichen international bekannt war, bei Nestlé entlassen.

2011 verklagte Motarjemi Nestlé wegen Mobbing beim Bezirksgericht Lausanne. Eine Reihe von Verantwortlichen der Firmen wurden zwischen 2015 und 2017 zu Befragungen vorgeladen, allen voran der damalige CEO Paul Bulcke. Vor Gericht waren es nur wenige Angestellte, welche die schlimme Situation der Klägerin bestätigten. Die Klage wurde 2018 abgewiesen.

Die gemobbte ehemalige Kaderfrau, weiterhin der Gerechtigkeit verpflichtet, zog das Urteil an das Waadtländer Kantonsgericht weiter. Endlich, im Januar 2020 gab ihr diese Instanz recht und stellte klar fest, dass es sich in diesem Fall um Mobbing gegenüber Frau Motarjemi handle." Daraufhin gelangte Nestlé an das Bundesgericht in Lausanne, welches bald darauf Nichteintreten beschloss. Nun stellt sich die Frage: Wann endlich bezahlt Nestlé, Yasmine Motarjemi, die im Laufe von 15 Jahren mehr und mehr krank wurde, finanzielle Wiedergutmachung?

Im Frühjahr 2019 wurde Yasmine Motarjemi zusammen mit Julian Assange und dem Fussballer Ruiz Pinto von der Kommission "DIE LINKE" des Europarats mit

dem Award für Whistleblowing ausgezeichnet. Das war für sie eine grosse Ehre und eine Würdigung ihres Einsatzes.

Es handelt sich hier um ein Einzelschicksal. Doch gibt es in der Schweiz bei verschiedenen Firmen Mobbing, worunter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stark leiden. Deshalb war es wichtig, dass Yasmine Motarjemi vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund SGB / USS eingeladen wurde, um ihre Geschichte zu erzählen. Daraus entstand die wichtige Resolution "Schützen, wer sich einsetzt", welche am 24. Mai 2019 veröffentlicht wurde.

Jochi Weil

Buchtipps

Historische Genauigkeit mit Emotion verbunden

Der italienische Autor Marco Balzano befasste sich intensiv mit der Geschichte um den Bau des Stausees am Reschenpass und schrieb den Roman: «Ich bleibe hier».

Die Geschichte handelt von der jungen Lehrerin Trina, die bleibt – vor, während und nach dem Krieg. Die von Hitler und Mussolini ausgehandelte «Grosse Option» zwang die Bevölkerung von Graun wie alle deutschsprachigen Südtiroler, ins deutsche Reich auszuwandern oder in Italien als Bürger zweiter Klasse zu leben. Die Lehrerin heiratete einen unermüdlichen Kämpfer gegen das Stauseeprojekt, unterrichtete die Dorf Kinder zeitweise im Verborgenen in deutscher Sprache (Katakombenschule). Doch zum Leidwesen ihrer Mutter lernte Trina auch Italienisch. Sie erlebte die politischen Wirren und gleichzeitig die Flutung ihres Dorfes Graun. Hinzu kamen dorf- und familieninterne Konflikte mit tragischen Folgen. Generationen wurden durch unterschiedliche Gesinnung und politische Ausrichtung gespalten. Die Familiengeschichte bewegt sich auf dem geschichtlichen Hintergrund der Grenzregion zum Unterengadin und öffnet das Zeitfenster in eine düstere Zeit, wo Leid, Widerstand, Flucht und bittere Ergebung ins Unabwendbare mündeten.

Der Stausee am Reschenpass war ein Energieprojekt, das keine Rücksicht auf Mensch und Natur



Marco Balzano *Ich bleibe hier*

Roman · Diogenes

nahm. Die Anspielungen des Autors auf historische Persönlichkeiten wie auf den Pfarrer, der während rund 50 Jahren als Seelsorger die Gemeinde Graun betreute, seien gewollt, liest man im Nachwort. Es sei ihm sehr wohl um die Fakten gegangen, aber

auch um die Möglichkeit, ganz allgemein über Verantwortungslosigkeit, über Grenzen und Machtmissbrauch wie auch über die Bedeutung des Wortes zu sprechen. Als er eines Tages den Kirchturm im Wasser sah, kam er darauf, eine private persönliche Geschichte in dieser Gegend anzusiedeln: «Für mich ist dieser Ort der Inbegriff dafür, wie brutal Geschichte sein kann.»

1950 versank das Dorf Graun im künstlichen See. Der Kirchturm aus dem 14. Jahrhundert von Alt-Graun ist Zeuge der Flutung. Heute steht er unter Denkmalschutz. Für Touristen ist die Information von der Zerstörung des Dorfes unter einem hölzernen Schutzdach beim Parkplatz nahe dem Kirchturm zusammengefasst. Für viele Schweizer Feriengäste ist eine Busrundfahrt von Scuol über Pfunds-Nauders-Reschensee-Mals-Glurns-Zernez ein reizvoller Tagesausflug. Beim Anblick des Kirchturms im Wasser fährt wohl bei vielen beim Gedanken an die Flutung von Gehöften, welche die Heimat von Familien wa-

ren, ein leiser Schauer durch den Körper. So erging es Marco Balzano, als er an einem Sommertag 2014 auf dem Parkplatz am See stand. «Seither habe ich alles studiert, was darüber zu finden war, jeden Text, jedes Dokument. Ich habe mir von Ingenieuren, Historikern, Soziologen, Lehrern, Bibliothekaren helfen lassen. Vor allem nahm ich Kontakt mit den mittlerweile noch lebenden Augenzeugen auf.»

Der Autor, Marco Balzano, ist 1978 geboren und lebt in Mailand.

Elisabeth Bardill

Marco Balzano

Ich bleibe hier,

*Aus dem Italienischen von Maja Pflug
ins Deutsche übersetzt.*

Diogenes Verlag, 288 S., CHF 29.90

3-Ländertreffen der religiös-sozialistischen Bewegungen der Schweiz, Österreichs und Deutschlands

Religionen und die soziale Frage

25. - 27. Juni 2021 Rorschach (wurde 2020 wegen Corona abgesagt).

Programm:

Freitag ab 17 Uhr: Soziale Probleme in Rorschach gestern und heute mit Louis Specker, Historiker und Ariane Thür Wenger, Stadträtin

Samstag: «Mit Jesus und Marx auf der Suche nach Gerechtigkeit» (Dr. Franz Segbers, Professor für Sozialethik, Konstanz) und «Die ökumenische Bewegung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung» (Arne Engeli). Gespräche mit Muslimen und mit Juden.

Sonntag: Gottesdienst. Wo und wie engagieren wir uns jetzt konkret? Ende 14 Uhr.

Kontakt: Verena Keller, Speiserstr. 91, 4052 Basel, vr.keller@bluewin.ch.

Ein Flyer mit detailliertem Programm und Anmeldetalon wird dem nächsten Bulletin beigelegt oder er ist schon jetzt zu lesen unter www.resos.ch.

Wann, wo, wer, was?

Coronabedingte Änderungen zu erwarten

Freitag, 8. Januar
Zürich



Öffentliches Schweigen der Frauen für den Frieden
17.45-18.15 Uhr beim Fraumünster

Politischer Abendgottesdienst Zürich im
Lavatersaal St. Peter (St. Peterhofstatt 6) 18.30 Uhr
„Die Schöpfung gibt uns sauberes Wasser – für die Verschmutzung werden unsere Steuergelder gebraucht!«
Zur Trinkwasserinitiative mit Franziska Herren.

Mittwoch, 13. Januar
Zürich

Neue Wege Lesegruppe

14.30 bis 16.00 Uhr, Gartenhofstrasse 7
gerold.roth@hin.ch

Samstag, 23. Januar
Zürich



RESOS Gartenhofveranstaltung
Vom Bleisatz zu Social Media - Zur Entwicklung bei den Medien
Tischgespräch mit Adrian Knoepfli
15.00 bis 17.00 Uhr, Gartenhofstrasse 7 in Zürich

Freitag, 29. Januar
St.Gallen

Neue Wege Lesegruppe

17.15 bis 19.00 Uhr, im westlichsten Zimmer
im MIGROS-Restaurant, im HB-Hauptgebäude.

Mittwoch, 3. Februar
Zürich

Neue Wege Lesegruppe

14.30 bis 16.00 Uhr, Gartenhofstrasse 7
gerold.roth@hin.ch

Freitag, 12. Februar
Zürich



Öffentliches Schweigen der Frauen für den Frieden
17.45-18.15 Uhr beim Fraumünster

Politischer Abendgottesdienst Zürich im
Fraumünsterchor (Eingang Münsterhof) 18.30 Uhr
Unser Gesundheitspersonal - stark gefordert, aber im Stich gelassen
Mit Barbara Gysi, Nationalrätin, zur Pflegeinitiative des Schweizerischen
Berufsverbandes der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner.

Mittwoch, 10. März
Zürich

Neue Wege Lesegruppe

14.30 bis 16.00 Uhr, Gartenhofstrasse 7
gerold.roth@hin.ch

Freitag, 12. März
Zürich



Öffentliches Schweigen der Frauen für den Frieden
17.45 bis 18.15 Uhr beim Fraumünster

Politischer Abendgottesdienst Zürich im
St. Anna Kapelle (St. Annagasse 11) 18.30 Uhr
Wenn Bildung zur Ware wird
Von der inneren und äusseren Ökonomisierung in der Bildung.
Mit Fitzgerald Crain, Professor an der PH der Fachhochschule der
Nordwest-Schweiz..

Samstag, 10. April
Zürich



RESOS Gartenhofveranstaltung
Die Bewegung ATD Vierte Welt und ihre Vision
Tischgespräch mit Christine Lindt
15.00 bis 17.00 Uhr, Gartenhofstrasse 7 in Zürich